

Brüssel, 22. Juni 2000

## **Besuch von Zoran Djindjic, Vorsitzender der Demokratischen Partei, Serbien**

***Heute kamen Romano Prodi, Präsident der Europäischen Kommission und Zoran Djindjic, Vorsitzender der Demokratischen Partei (Serbien), zusammen, um die derzeitige und künftige Politik und die Unterstützung der EG für Serbien zu erörtern.***

Präsident Prodi wies erneut darauf hin, daß die Europäische Kommission auch weiterhin die serbische Bevölkerung und die demokratische Opposition unterstützt, er betonte, daß die demokratischen Oppositionsparteien sich mit Blick auf die kommenden Wahlen einigen müßten.

Mit Bezug auf die Erklärung des Europäischen Rates, daß alle westlichen Balkan-Staaten "potentielle Kandidaten für eine Mitgliedschaft in der EU sind", unterstrich Präsident Prodi, daß es an dem Regime in Belgrad und dessen Politik liegt, daß der Bundesrepublik Jugoslawien ihr Platz in Europa verwehrt bleibt. Die Bundesrepublik Jugoslawien werde freudig aufgenommen werden, sobald sich eine demokratische Regierung etabliert habe.

Darüber hinaus wurde die Unterstützung der EG für Serbien und die Bundesrepublik Jugoslawien erörtert. Bisher hat die EG der Bundesrepublik Jugoslawien über 668 Mio. € an Hilfe gewährt, davon 1999 allein mehr als 80 Mio. € an Serbien. Im Falle Serbiens handelt es sich hauptsächlich um humanitäre Hilfe, um die Auswirkungen der Politik des Belgrader Regimes zu mildern. Darüber hinaus wird jedoch auch der Zivilgesellschaft Unterstützung zuteil, und im Winter 1999-2000 wurde das "Energy for Democracy"-Programm durchgeführt, in dessen Rahmen bestimmten demokratisch geführten Gemeinden Heizöl geliefert wurde, was eher der Bevölkerung als dem Regime zugute kam. Zudem ist weitere Unterstützung auch im Bildungsbereich geplant, und die EU-Mitgliedstaaten werden ebenfalls bilaterale Hilfe leisten. Im Hinblick auf eine künftige Unterstützung eines demokratischen Serbiens bestätigte Präsident Prodi, daß groß angelegte EG-Unterstützung, wie sie bereits den Nachbarn Serbiens gewährt wurde, nach einer demokratischen und wirtschaftlichen Reform auch Serbien gewährt würde. Daher sollte bereits mit den geeigneten Vorbereitungen für diese Zukunft begonnen werden.

Darüber hinaus fanden Fachberatungen mit Beamten der Kommission statt, auf denen die konkreten Aspekte der EG-Unterstützung für demokratische geführte Gemeinden in Serbien erörtert wurden.